

Deutschland: Identität und Partizipation im Wandel

Der Begriff „deutsch“ erlebt eine Evolution Hürriyet, 02.12.2014, S. 17

Laut einer Studie in Deutschland wird der Begriff „Deutsch-sein“ nicht mehr auf die Herkunftswurzeln zurückgeführt.

Lediglich 37% der Befragten gaben an, dass „Deutsch-sein“ ausschließlich auf die Herkunft zurück zu führen ist.

Das Wochenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlichte vorab einige Ergebnisse aus der Studie „Deutschland postmigrantisch“ des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Laut Studie hat sich der Identitätsbegriff in der Bevölkerung wesentlich gewandelt. Demnach verbindet eine Mehrzahl der Deutschen die deutsche Identität nicht mehr ausschließlich mit der Herkunft, sondern mit anderen Kriterien. 96,8% der Befragten gaben an, dass die Beherrschung der deutschen Sprache ausreicht, um als Deutscher zu gelten. 78,9% der Befragten erklärten zudem, dass der deutsche Pass ausreicht.

Allerdings gaben 37% der Befragten nach wie vor an, dass allein die deutsche Herkunft ausschlaggebend für die Bezeichnung als Deutscher/Deutsche ist.

„Kopftuchträgerinnen können keine Deutschen sein“

Die Studie legte zudem die Vorurteile gegenüber Muslimen offen: 37,8% der Befragten gaben an, dass Kopftuchträgerinnen keine Deutschen sein können. Die Sozialwissenschaftlerin und Leiterin

der Studie Dr. Naika Foroutan befragten gemeinsam mit ihrem Team 8270 Personen. Der Fragebogen bestand aus 80 - 100 Fragen. Dadurch konnte, so wird betont, ein breiter Umfang an Untersuchungsarbeiten und Ergebnissen vorgenommen werden. Die Ergebnisse werden in der kommenden Woche an der Berliner Humboldt-Universität vorgestellt.

[Siehe dazu auch: *Wer gehört zum deutschen Wir?:* https://www.hu-berlin.de/pr/pressemitteilungen/pm1412/pm_141203_01, Anm. d. Verf.]

Neue türkische Generation ist weit von der Politik in der Türkei entfernt Zaman, 10.12.2014, Titelseite

Eine Studie über das Wahlverhalten der europäischen Türken gelangt zu dem Ergebnis, dass die dritte und die vierte türkische Generation kein Interesse an der Politik in der Türkei besitzt.

Die gemeinsame Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Boğaziçi-Universität wurde aufgrund der Abstimmung und des Wahlverhaltens der in Europa lebenden stimmberechtigten türkischen Staatsbürgerinnen während der diesjährigen Präsidentschaftswahl in der Türkei erstellt.

Demnach verfolgt die in Deutschland lebende erste und zweite Generation täglich die Politik in der Türkei, wohingegen die dritte und die vierte Generation sich nicht für die türkische Politik interessiert.

Wähler mit höherem Bildungsgrad entscheiden sich für Deutschland

Den Ergebnissen zufolge gibt es einen starken Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und

dem Politikinteresse der befragten Wahlberechtigten. Demzufolge interessieren sich die besser Ausgebildeten unter der türkischstämmigen Generation deutlich stärker für die deutsche Politik als für die Politik in der Türkei. Hinsichtlich der Wahlpräferenzen gaben die Befragten bei ihrer Eigenbeschreibungen Türke oder Türkin an, wenn sie die Republikanische Volkspartei (CHP) präferierten. Bei der Parteienpräferenz mit Blick auf die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), gaben die Befragten die Eigenbezeichnung Muslim/Muslimin an.

Gründe für das geringe Wahlinteresse

Sogenannte Auslandstürken konnten an der Wahl des Präsidentschaftskandidaten mit abstimmen, ohne dass sie dafür in die Türkei reisen mussten. Gründe für die geringe Wahlbeteiligung waren Schulferien in einzelnen Bundesländern, die Notwendigkeit der Einreichung von Urlaubstagen und Schwierigkeiten bei der systemischen Erfassung. Darüber hinaus gaben die Wählerinnen und Wähler bei der Befragung an, dass sie an den Lösungskonzeptionen türkischer Politikerinnen und Politiker zweifeln und deshalb nicht zur Wahl gegangen sind.

NSU/Demokratiefeindlichkeit- Rassismus

Kein Interesse am NSU-Prozess - Türkische Gesellschaft vergisst den historischen Prozess

Sabah, 18.12.2014, S. 15

Während der NSU-Prozess im 172. Verhandlungstag stockt, verfolgt außer der Sabah kein türkisches Pressemedium den Prozess.

Sowohl das allgemeine Interesse der Öffentlichkeit als auch das Interesse der

türkischen Presse in Deutschland an dem Prozessverlauf ist gering.

Bevor der Prozess eröffnet wurde, gab es noch Platzprobleme, um ausreichend Pressvertreter aus den deutschen und türkischen Medien zuzulassen. Aus diesem Grund hatte die Sabah das Bundesverfassungsgericht angerufen und um eine neue Akkreditierung über die Platzvergabe für Vertreter aus der türkischen und deutschen Presse gebeten.

Neben Pressevertretern der Sabah, erhielten auch Pressevertreter weiterer türkischer Pressorgane einen Platz. Allerdings sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren Pressevertreter aus der türkischen Presse anwesend.

Auch türkische Organisationen, die stets verteidigen, die türkische Gesellschaft in Deutschland zu vertreten, fehlen während den Verhandlungen. Zu Beginn des Prozesses waren noch einige türkische Organisations- und Vereinsvertreter anwesend.

Neben der Sabah verfolgen nur einige wenige Vertreter der dpa, des Bayerischen Rundfunks, des Wochenmagazins Der Spiegel, der Süddeutschen Zeitung und der Wochenzeitung Die Zeit und die Thüringer Allgemeine die Verhandlungen.

Deutsche Politik versucht

Pegida-Anhänger zu verstehen

Zaman, 18.12.2014, S. 4

Die durch stetigen Zulauf wachsende Gruppierung Pegida besorgt auch die Politik. Während Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Notwendigkeit des Dialogs mit verunsicherten Pegida-Anhängern betonte, wird die Kritik von seitens der CDU immer lauter. Sowohl CDU als auch SPD betonen die Notwendigkeit der verstärkten Information, um gegen Pegida ankämpfen zu können.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) betonte die konsequentere Fortsetzung der bisherigen Migrationspolitik. Befürchtungen, Misstrauen und auch Kritik würden von politischen Splittergruppen missbraucht. Lammert, der mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sprach, sagte: „Jeder in unserer Gesellschaft muss selbst entscheiden, mit welcher Absicht er auf die Straße geht und seine Stimme erhebt.“

Gabriel hingegen betonte, dass viele Protestierende Angst vor einer Überfremdung haben und sich von seitens der Politik nicht ernst genommen fühlen.

Unter den Pegida-Anhängern befinden sich Neonazis und Rechtsradikale, die klar in ihre Grenze verwiesen werden müssen. Mit anderen Pegida-Anhängern muss das Gespräch gesucht werden, so Gabriel.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wies darauf hin, dass die von Pegida verbreiteten Gedanken und Aussagen keine Substanz haben. Diese zu widerlegen und zu dechiffrieren sei deshalb ein Leichtes, so Maas. Kein Mensch muss in Deutschland vor einer sogenannten Islamisierung Angst haben: „Das ist ein ideologisches Phantom.“

Der rheinlandpfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) möchte hingegen nicht, dass alle Pegida-Anhänger als „Ausländerfeinde“ oder „rechtsextremistisch“ bezeichnet werden. Er versteht nicht, weshalb so viele Menschen aufgrund der ausländerfeindlichen Parolen mit auf die Straße gingen: „Wenn so viele Menschen auf die Straße gehen, dann ist die Politik dazu angehalten, das sehr ernst zu nehmen. Das Wegsehen und Weghören hingegen ist viel zu gefährlich.“ Der Berliner Innenminister Frank Henkel (CDU) teilt Lewentz' Einstellung. Die jetzige Situation besitzt Potenzial, so Henkel, die Gesellschaft zu spalten.

Pegida erreicht 15 000 Anhänger Hürriyet, 17.12.2014, S. 7

Die seit einigen Wochen in Deutschland stattfindenden Demonstrationen von Pegida, erreichten am Montag insgesamt 15 000 Anhänger. In Dresden versammelten sich 6 000 Gegendemonstranten, um gegen die islamfeindliche Pegida zu protestieren. Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, erklärt dazu: „Dieses Land ist auch und wegen der Migranten so stark.“

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) erklärte, dass die Pegida-Demonstrationen beschämend für Deutschland sind, woraufhin Maas von der CSU kritisiert wurde.

[Siehe dazu: Cakir, Naime: *Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland*, Transcript, Bielefeld, 2014, <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2661-2>, Anm. d. Verf.]

Hürriyet, 17.12.2014, S. 7

Ein Bericht von Celal Özcan/Dresden

In Deutschland diskutieren seit Tagen Politiker über die islamfeindliche und Migranten feindliche Gruppe Pegida und warnen vor dieser Gruppe. Der Bundesjustizminister spricht von einer beschämenden Situation. Die Bundeskanzlerin erklärt, dass es in Deutschland keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit gibt.

Wie haben die Aufrufe von Pegida jedoch die Montagsdemonstrationen in Dresden beeinflusst?

Seit Wochen haben sich die Demonstrationen von Pegida mit den Montagsdemonstrationen in Dresden vermischt. Seitdem wurde eine Menge über Pegida geschrieben. In den meisten Beobachtungen wird der Schluss nahegelegt, dass es sich bei den Pegida-Demonstranten überwiegend um wütende und frustrierte Bürger handelt. Aber stimmt das auch? Aus

diesem Grund mischte ich mich selbst, wenn auch ängstlich, unter die Demonstranten.

Bisher verweigern viele von ihnen das Gespräch mit Journalisten oder schlagen gar Mikrofone, in die sie sprechen könnten, weg. Ich gehe deshalb auf ein Pärchen zu, das vor mir steht, und frage sie nach ihrer Motivation: „Wogegen demonstrieren Sie?“

„Die Ausländer passen sich unserem Lebensstil nicht an. Sie wiederum prügeln ihren Lebensstil in uns ein. In den Krankenhäusern werden unterschiedliche Speisen für Ausländer zubereitet.“ Daraufhin entgegne ich, weshalb es denn tatsächlich ein Problem ist, jemandem, der bspw. kein Fleisch mag, ein vegetarisches Essen zuzubereiten? Die Antwort kommt prompt: „Das mit dem anderen Essen ist erst der Anfang. Danach verlangen sie (die Ausländer) mehr.“

Der Mann der Frau ergänzt die Antworten wie folgt: „Ich selbst sehe mich in Deutschland von keiner Partei mehr vertreten. Früher wählte ich die CDU. Der Familienbegriff ist aufgeweicht worden. Ich habe sechs Kinder von einer einzigen Frau. Ich lebe den Familienbegriff. Es kann aber nicht angehen, dass homosexuelle Partnerschaften auch unter den Schutz der Familie gestellt werden. Ich bin dagegen.“

Meine Erwiderung, dass das Privatleben dieser Menschen niemanden etwas angeht, bleibt unbeantwortet.

Während ich weitergehe bemerke ich, wie sich die Augen eines jungen Mannes scharf auf mich richten. Er stößt seine Schulter gegen meine und sagt: „Das Volk zuerst!“, und richtet sich vor mir auf.

Auf der Bühne spricht Lutz Bachmann, der mehrfach wegen Körperverletzung und Raub verurteilt ist. Er flüchtete zunächst nach Südafrika, wo er erst nach zwei Jahren gefunden wurde und nach Deutschland ausgeliefert worden ist. Dazu erklärt er Folgendes: „Sie beschäftigen sich mit meiner Vergangenheit in Südafrika. Ich habe mich in Südafrika selbst

versorgt und mich dort angepasst. Ich habe niemanden belastet. Sie (*die südafrikanische Polizei, Anm. d. Verf.*) fragten bei der Übergabe nicht einmal danach, ob ich einen Nachteil haben könnte, wenn ich ausgeliefert werde – sie lieferten mich sofort nach Deutschland aus!“

Die Botschaft dieser Aussage ist natürlich klar: Die Asylbewerber in Deutschland ruhen sich auf Staatskosten aus. Sie passen sich nicht an und können auch nicht ohne weiteres ausgewiesen werden.

Nur war Lutz Bachmann kein Asylbewerber in Südafrika: er war ein flüchtiger Krimineller. Lutz Bachmann verleugnet auch nicht, dass er straffällig war. Aber er erklärt, dass er eine zweite Chance verdient hat. Gleichzeitig verlangt er die sofortige Ausweisung straffällig gewordener Ausländer. Bachmanns Rede wird ständig durch den Slogan „Wir sind das Volk!“ unterbrochen.

Die Lügenpresse

Nach Lutz Bachmann kommt eine Frau auf die Bühne: „Wir sind Patrioten. Wir lieben unser Land. Wir möchten unsere deutsche Identität schützen, ohne in die rechtsradikale Ecke gestellt zu werden.“ Die Menge jubelt der Rednerin mit „Lügenpresse“ zu.

Gegen die Presse wird eine regelrechte Hassstimmung geschaffen. Die Rednerin setzt ihre Rede fort: „Sie (*die Presse, Anm. d. Verf.*) wollen uns weismachen, dass wir einen Fachkräftemangel haben. Das mag für den Sektor der Kranken- und Altenpflege vielleicht gelten. Unter uns gibt es nicht viele, die diese Tätigkeiten ausüben wollen. Aber wenn dem schon so ist, dann sollen sie uns doch die Beweise dafür liefern, wo denn die vielen Fachkräfte fehlen.

Die Ausländer müssen dazu gezwungen werden, sich hier anzupassen. Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen sofort aus

Deutschland verschwinden. Sie haben kein Recht darauf, in unserem Land zu bleiben.“

„Nimm deine Staatsbürgerschaft und verschwinde!“

Die Menge bewegt sich weiter. Ich gehe auf eine Gruppe junger Menschen zu und möchte ihre Ansichten erfahren. Einer von ihnen erklärt mir: „Nimm deine Leute mit und haut hier ab.“ Er verschwindet unter der Menge, ohne dass ich ihm antworten kann. Ich frage einen älteren Mann, wogegen er eigentlich protestiert. Er sagt: „Das Boot ist schon lange übertoll und sinkt.“

Die meisten der Pegida-Demonstranten sind über 40 Jahre alt. Ich sehe sehr viele Rentnerinnen und Rentner, aus deren Gesichtern Wut und Hass spricht.

Akif Pirinçci bei Bogida Hürriyet, 17.12.2014, S. 7

Der als „türkischer Sarrazin“ bekannte und türkenfeindliche Schriftsteller Akif Pirinçci, nahm an den Demonstrationen von Pegida in Bonn teil. Pirinçci las aus seinem diesjährig erschienen Buch „Deutschland von Sinnen“ vor: „Ihr seid Deutsche. Ihr seid keine ängstlichen Ratten. Es lebe das heilige Deutschland!“ An den Demonstrationen der Pegida in Bonn, Bogida, nahmen etwa 300 Personen teil, wogegen rund 1600 Gegendemonstranten auf die Straße gingen.

Das Ziel der Rassisten ist die offene Gesellschaft Hürriyet, 16.12.2014, S. 6

In Köln demonstrierten mehr als 10 000 Menschen gegen Rassismus. Deutsche Künstler wie der Rapper, Eko Fresh, Ozan Akhan, der Kabarettist Fatih Çevikkollu traten auf die Bühne. Die Redner sprachen sich gegen

Rassismus, religiösen Extremismus und rechtsradikale Ziele aus. Diese richteten sich gegen die offene Gesellschaft und haben das Ziel, den sozialen Frieden zu zerstören.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der Grünen, Arif Ünal, erklärte während der Veranstaltung: „Die seit einigen Wochen in Erscheinung tretenden islamfeindlichen und ausländerfeindlichen Gruppierungen bilden eine neue Gefahr für Deutschland. Bisher sind Rassisten in Parteien wie in der NPD und der AfD in Erscheinung getreten, ohne genügend Stimmen auf sich vereinigen zu können. Mittlerweile treten sie mit dem Slogan „Wir sind das Volk“ in der Öffentlichkeit auf und vereinigen auch Personen unter sich, die sich bisher von rassistischen Parteien fern hielten und keine Verbindungen zu ihnen hatten. In Dresden beteiligten sich insgesamt 10 000 Menschen an den Demonstrationen. Aufschlussreich daran ist jedoch, dass in Dresden nicht einmal 2% der Gesamtbevölkerung Muslime sind.“

„Ausländische Polizisten senken das Niveau der Polizei“ Sabah, 16.12.2014, S. 15

Der frühere Finanzsenator des Berliner Senats und Mitglied der SPD, zielt auf der Höhe der Islamfeindlichkeit nun auf die Berliner Polizei ab. In der Schweizer Weltwoche erklärte Sarrazin, dass arabisch- und türkischstämmige Polizisten in Berlin das Niveau der Polizei senken. Einige von ihnen seien vorbestraft. Um in den Polizeidienst zu gelangen, wurden die Aufnahmeregeln erleichtert. Sarrazin erklärte weiter, dass die arabisch- und türkischstämmigen Polizisten nicht ausreichend Deutsch könnten und untereinander Arabisch oder Türkisch sprechen.

Der Sprecher der Berliner Polizei, Stefan Redlich, wies die Behauptungen zurück. Der CDU-

Innenpolitiker Peter Trapp kritisierte Sarrazin scharf: „Wenn Sarrazin wirkliche Problembereiche in der Gesellschaft sucht, dann ist er bei der Berliner Polizei völlig falsch. Er sucht sich hier Menschen aus, die sich dem Recht verpflichtet fühlen und dieses verteidigen und darüber hinaus voll in der Gesellschaft voll integriert sind. Das ist einfach nur dumm. Ich gehe davon aus, dass Sarrazin selbst nicht mehr weiß, was er denkt und tut.“

Salafismus

Der Salafismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das eine gemeinsame Lösungsstrategie benötigt
Zaman, 17.12.2014, S. 4

In Niedersachsen hat der Verfassungsschutz eine Tagung zum Thema „Wie gehen wir mit Salafismus in der Praxis um?“ veranstaltet. Die Teilnehmer wiesen vor allem auf die Problematik der Informationsbeschaffung und Mobilisierung in und aus dem Internet hin. Hier gelte es, Maßnahmen mit Blick auf die Internet-Nutzung zu ergreifen.

Dr. Hans-Joachim Heuer vom niedersächsischen Sozial- und Innenministerium betonte die gemeinsame Beratung mit den islamischen Organisationen. Unter der gemeinsamen Gründung von „beRATen“ werden Familien und Jugendlichen geholfen, die von den Jihad-Aufrufen und der menschenverachtenden Ideologie salafistischer Gruppen betroffen sind. Heuer appellierte darüber hinaus an die Moscheen, sich aus den Debatten der Salafisten herauszuhalten.

Der Islamwissenschaftler Dr. Michael Kiefer betonte, dass der Salafismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und bestätigte Heuers Appell an die Moscheen. Kiefer wies darauf hin, dass die Radikalisierungen stets außerhalb der muslimischen Gemeinschaft

stattfinden: „Jugendliche, die sich den Salafisten anschließen, stammen zum größten Teil aus religionsfernen, aber sehr konservativen Familien.“ Kiefer betonte zusätzlich, dass die Prozesse der Radikalisierungen sehr unterschiedlich ablaufen: „Es wäre falsch davon auszugehen, dass es sich lediglich um Muslime, Migranten, Männer oder Erfolgreiche handelt. Unter der Gruppe der Salafisten gibt es sowohl Akademiker, Ärzte als auch Nicht-Migranten. Hier gibt es noch erheblichen Untersuchungsbedarf und ein dem gesamten Spektrum entsprechendem Lösungsvorgehen.“ Du‘A Zeitun, Projektreferentin an der KVHS Oesede, wies vor allem darauf hin, dass die salafistischen Gruppen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aktiver sind denn je: „Das sind Personen, die sich sehr gut in sozialen Netzwerken im Internet auskennen und hier als Experten eingestuft werden können. Die meisten von ihnen verbringen den Großteil ihrer Zeit im Internet in den entsprechenden sozialen Netzwerken. Sie sind auf der Suche nach politischen und sozialen Antworten und können hierdurch radikalisiert werden. Die meisten der beeinflussten Jugendlichen sind davon überzeugt, dass sie mit ihren Fragen und Zweifeln von den entsprechenden Personen verstanden werden. Aufgrund ihrer sehr klaren und eindeutigen Antworten und der Sprache der Jugendlichen, die sie auch verwenden, werden sie vor allem von Jugendlichen kontaktiert, die sich in ihren Familien nicht verstanden fühlen, die auf der Suche nach ihrer Identität sind und wenig Anerkennung erfahren. Hier muss sowohl die Gesellschaft als auch die Politik an einem Strang ziehen. Zudem benötigen die Jugendlichen eine realistische berufliche Perspektive sowie Bildungsperspektive. Die Vorsitzende der Jungen Islam Konferenz, Esra Küçük, verwies auf diejenigen, die am meisten von den Aktionen der Salafisten Schaden annehmen: die Muslime selbst.“

Küçük betonte, dass nicht die Moscheen für die Radikalisierungen verantwortlich gemacht werden können. Die Radikalisierungen finden vorzugsweise im Internet statt.

Jugendliche, die sich dem „Jihad“ in Syrien anschließen, kämen zumeist aus sozial schwachen Familien, so Küçük: „Insbesondere die Jugendlichen aus Deutschland stammen aus Familien, die in der Tat nicht religiös sind.“

Küçük erklärte auch, dass das Ziel der Dschihadisten Deutsch sprechende junge Menschen sind: „Deutsch ist die Sprache im Internet, die am meisten für die salafistische Propaganda verwendet wird. Adressaten sind muslimische Gesellschaften. Hierzu wird hauptsächlich das Internet genutzt und frequentiert.“

[http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=12264&article_id=129860&psmand=30. Siehe dazu auch: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung*, Transcript, Bielefeld, 2014, <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2711-4>, Anm. d. Verf.]

Mehrsprachigkeit und Deutschpflicht

Die CSU rudert nach ihrem eigenen Vorschlag zurück

Zaman, 10.12.2014, Titelseite

Die CSU reagiert auf die Kritik an ihrem Vorschlag, demzufolge sowohl in der Öffentlichkeit als auch zu Hause ausschließlich Deutsch gesprochen werden soll.

Die CSU, die im Bundestag als „kleiner Koalitionspartner“ und in Bayern allein regiert, ist von ihrer eigenen Forderungen der Deutschpflicht zurück getreten. Die Parteiführung korrigierte ihre Aussage, indem sie erklärte: „Wer hier dauerhaft leben will, dem ist zu empfehlen, auch im Alltag Deutsch zu sprechen.“

Die Forderung der CSU rief sowohl die Kritik der Schwesternpartei der CDU, als auch die Kritik der Gesellschaft und der Medien hervor. Danach erklärte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer vor der Presse deshalb, dass die Empfehlung der CSU bewusst missverstanden wurde. Sie, die CSU, haben zwar eine andere Formulierung gewählt, von ihrem grundsätzlichen Ansatz jedoch werden sie sich nicht distanzieren, so Scheuer.

Die bayerische Generalsekretärin der SPD, Natascha Kohnen, zeigte sich trotz der Änderung unzufrieden: „Trotz dieser Änderung ist die Basis dieses Gedankens nach wie vor im Antrag zu spüren. Hierin zählen die betroffenen Menschen nicht. Anstatt Integration zu empfehlen, hetzt die CSU gegen Minderheiten.“ Die Integrationsbeauftragte der CDU, Cemile Giousouf, kritisierte den Vorschlag der Schwesternpartei wie folgt: „Der Vorschlag der CSU ist nicht besonders durchdacht. Die Hauptaufgabe der Politik ist die Gestaltung der öffentlichen Dienste. Mit diesem Vorschlag vermischt die CSU Politik und individuelles Familienleben.“

[Vgl. dazu: *Mehrsprachigkeit und Deutschkenntnisse: <http://mediendienst-integration.de/integration/sprache.html>*, Anm. d. Verf.]

„Türkische Kinder haben keine Deutschschwierigkeiten. Sie haben Schwierigkeiten mit der türkischen Sprache.“
Zaman, 10.12.2014, S. 2

Der kleine Koalitionspartner CSU ruft auch die Kritik der zivilgesellschaftlichen Organisationen hervor. Die STK kritisiert, dass die CSU mit ihrem Vorschlag insbesondere die Wählerstimmen der AfD für sich zurückgewinnen möchte. Diese Forderungen werden den Radikalismus in die Mitte der Gesellschaft tragen, so die STK.

Die Vertreter der türkischen Zivilgesellschaft in Deutschland (STK) kritisieren die Forderung der

CSU, wonach Migranten sowohl in der Öffentlichkeit als zu Hause ausschließlich Deutsch sprechen sollten. Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Integrationsrats, Tayfun Keltek, erklärt deshalb: „Die Forderung ist schlichtweg dumm. Sie spiegelt weder die Realität des Landes noch der Welt wider.“ Keltek betont, dass diese Forderung nach wie vor auf der Haltung der „Leitkultur“ beruht: „Demzufolge sollen die in Deutschland lebenden Fremden „unsere“ Werte übernehmen und die eigenen Werte verlassen. Die CSU hat einfach nur Angst vor den Wählerstimmen, die sie an die AfD verliert.“

Keltek betont weiter den günstigen Zeitpunkt für diese Diskussion: „Sogar die Bundeskanzlerin hat erklärt, dass es an der Zweisprachigkeit nichts auszusetzen gibt und sie nicht schadet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhalten wir Unterstützung von Seiten, die wir in dieser Form nie erwartet hätten. Dabei werden Dinge akzeptiert, für die ich mich seit Jahren persönlich einsetze. Sogar die CDU lehnt den Vorschlag ab und erklärt, dass es niemanden etwas angehe, was Zuhause gesprochen werde.“ Keltek erklärte überdies, dass Forderungen wie diese die Integration eher behindern als fördern: „Den Menschen wird vermittelt, dass sie nicht dazugehören, dass ihre Kultur und ihre Religion nichts wert ist. Keiner wird dieses Land und diesen Bedingungen lieben können oder dessen Kultur annehmen.“

Der Vorsitzende der ATIB, Ihsan Öner, erklärt hingegen: „Das hat weder etwas mit Demokratie noch mit Menschlichkeit zu tun, wenn sich eine Partei einmischt, in welcher Sprache zu Hause gesprochen werden soll bzw. nicht gesprochen werden soll.“ Öner verwies darauf, dass die in Deutschland lebenden türkischen Kinder keine Schwierigkeiten mit dem Deutschen besitzen, sondern mit dem Sprechen der türkischen Sprache.

Dr. Zekeriya Altuğ, Vorsitzender der DITIB-Nord, weist auch auf die Wählerstimmen hin, die zur AfD wandern. Die CSU, so Altuğ, möchte hier nicht das Nachsehen haben. Forderungen dieser Art würden dazu führen, den Radikalismus in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, befürchtet Altuğ: „Die Parteien kritisieren zurecht diese Forderung. Sie erklären zwar, dass es sich hier um eine einzelne Forderung handelt, diese einzelne Forderung kann jedoch den Weg für weitere Forderungen dieser Form öffnen. Das finde ich persönlich gefährlich. Zu behaupten, dass die Integration darin besteht, eine einzelne Sprache zu fokussieren, ist nichts anderes als von der Integration selbst abzulenken. Überdies erleben diejenigen, die die deutsche Sprache sprechen, die größten Schwierigkeiten hinsichtlich der Integration.“ Altuğ erklärt auch, dass der Vorschlag der CSU nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Bundeskanzlerin ist dagegen Hürriyet, 10.12.2014, S. 7

Die offenste Kritik an der Forderung der CSU äußerte die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Während des Landesparteitags der CDU in Köln erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Ich sehe die Zweisprachigkeit als einen großen Vorteil an. Wenn Kinder zweisprachig groß werden und hierdurch eine Fremdsprache bereits können oder nur wenig erweitern müssen, birgt dies Vorteile.“

Die CSU hat mittlerweile ihre Forderung geändert in „Den Migranten ist zu empfehlen, in ihrem Alltag überall Deutsch zu sprechen.“ Nur, wie soll diese Empfehlung umgesetzt werden? Wenn einerseits die Forderung zum Erwerb der deutschen Sprache laut wird und andererseits gleichzeitig die finanzielle Unterstützung für Deutschkurse gestrichen wird, kann Deutsch in dieser Form weder empfohlen noch verlangt werden.

7. Integrationsgipfel: Schwerpunkt Ausbildung

Merkel: Unsere Gesellschaft muss für Migranten offen sein
Sabah, 02.12.2014, S. 16

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass die Integration im Rahmen der beruflichen Ausbildung keine Einbahnstraße ist: „Die Gesellschaft muss sich für die Migranten öffnen.“

Während des siebten Integrationsgipfels in Deutschland, äußerte sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel zur beruflichen Ausbildung von Migranten in Deutschland: „Neben der individuellen Integration in die Gesellschaft, muss sich die Gesellschaft gleichzeitig für die Migranten öffnen und ihren Horizont breiter öffnen.“

Der Schwerpunkt des siebten Integrationsgipfels lag auf der Ausbildung von jugendlichen Migranten. Nach dem Gipfel trafen sich die Staatsministerin Aydan Özoğuz (SPD), der Präsident der deutschen Industrie- und Handelskammer Eric Schweitzer, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann und der Geschäftsführer des Bildungswerks in Berlin/Kreuzberg Nihat Sorgeç zu einer Presseerklärung.

„Diskriminierungen bestehen immer noch“

Während des Gipfels betonte Bundeskanzlerin Merkel, dass die berufliche Ausbildung nicht nur ein Thema ist, welches ausschließlich relevant für junge Migranten ist. Auch für deutsche Jugendliche bestehen hier strukturelle Schwierigkeiten. Trotz unterschiedlicher Maßnahmen und Projekte, die auch erfolgreich umgesetzt werden und laufen, bestehen nach

wie vor Diskriminierungen, erklärte Angela Merkel weiter.

„Vielfalt bildet die Brücke in Beziehungen“

Merkel erklärte gleichzeitig, dass sie gegen das anonymisierte Bewerbungsverfahren ist, wonach sich junge Bewerber ohne ihren Namen zu nennen bewerben können. Sie befürwortet die gleichberechtigte Behandlung von seitens der Arbeitgeber.

Zugleich wurde angemerkt, dass in diesem Zusammenhang eine Vielzahl an jungen Menschen türkischer Herkunft Deutschland verlässt, um in der Türkei zu arbeiten. Dazu sagte die Bundeskanzlerin: „Ich bin davon überzeugt, dass diese jungen Menschen eine Brücke zwischen Deutschland und der Türkei bilden.“

Migrationsbericht der OECD

Migranten werden diskriminiert
Sabah, 06./07.12.2014, S. 15

Die OECD kritisiert in ihrem Bericht, dass Jugendliche mit Migrationswurzeln bei ihren Bewerbungen diskriminiert werden.

Untersucht wurde die Situation in den 17 Mitgliedsstaaten. Kinder von türkischen ehemaligen Einwanderern erlebten in Deutschland, nachfolgend von Belgien, den Niederlanden und der Schweiz die meisten Diskriminierungen hinsichtlich ihrer Stellenbewerbungen.

Schlechterer Arbeitsplatz

Die in den OECD-Ländern geborenen Jugendlichen erleben gravierende Diskriminierungserfahrungen. Obwohl sie dieselben Qualifizierungen wie ihre Mitbewerber

besitzen, müssen Migranten und ihre Nachkommen auf Berufe und Arbeitsplätze mit schlechteren Bedingungen ausweichen.

Dem Bericht zufolge werden in Belgien Türkischstämmige und Marokkanischstämmige Bewerber am stärksten diskriminiert. In den Niederlanden befinden sich unter denen am stärksten diskriminierten Bewerbern an erster Stelle Türkischstämmige, aus Surinami stammende Bewerber, Marokkaner sowie aus den Antillen stammende Bewerber. In der Schweiz sind am meisten Türkeistämmige Bewerber, Bewerber mit albanischer Herkunft und portugiesische Staatsbürger betroffen. In Frankreich wiederum Nordafrikaner.

[[http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-von-Diskriminierungen health/international-migration-outlook-2014_migr_outlook-2014-en](http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-von-Diskriminierungen-health/international-migration-outlook-2014_migr_outlook-2014-en), Anm. d. Verf.]

„Bewerber mit türkischen und arabischen Namen werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert“

Zaman, 27.11.2014, S. 4

Die Staatsministerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz (SPD) erklärt, dass Jugendliche mit türkischen oder arabischen Namen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz diskriminiert werden. Im Vorfeld des am 1. Dezember stattfindenden siebten Integrationsgipfels, traf sich die Staatsministerin mit Vertretern aus der Presse und erläuterte den Schwerpunkt des diesjährigen Integrationsgipfels, der auf der beruflichen Ausbildung für junge Migranten liegt.

Özoğuz wies darauf hin, dass Jugendliche mit arabischen oder türkischen Namen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Bei den

Bewerbungen achteten die Arbeitgeber nach wie als erstes auf den Namen. Die Staatsministerin befürwortet das anonyme Bewerbungsverfahren, welches zum Teil erfolgreich umgesetzt wird. Özoğuz wünscht sich deshalb eine Ausweitung des anonymen Bewerbungsverfahrens: „Türkische und arabische Abiturienten in Deutschland werden auf derselben Qualifikationsebene und Stufe angesehen, wie ein polnischer Gleichaltriger mit Hauptschulabschluss. Mit Blick auf die Migranten herrscht insgesamt die Wahrnehmung, dass sie als unfähig gelten.“

Özoğuz merkte jedoch auch kritisch an, dass nach wie vor viele Migrantenfamilien über das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem zu wenig informiert sind. Der Einfluss der Eltern in Migrantenfamilien sei sehr hoch, so die Staatsministerin. Das Wissen, welches über die Eltern vermittelt wird, ist deshalb unzureichend. Die Staatsministerin stellte die bereits bestehende Kooperation zwischen staatlichen Einrichtungen und Betrieben dar, die sich in der Zusammenarbeit mit den Eltern im Rahmen der beruflichen Ausbildung befinden. Aus diesem Grund plant Özoğuz, die bestehenden Kooperationen auszubauen.

Autorin Newsletter: Dr. Meltem Kulaçatan

Impressum:
Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa
Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen
Schillerstr. 1, 91054 Erlangen

islamedia@jura.uni-erlangen.de
www.ezire.uni-erlangen.de

Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder.
Den Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.
Um den Newsletter zu bestellen oder abzubestellen, bitte um Antwort mit „Bestellen“ bzw. „Abbestellen“ im Betreff.

